

Notizen

Nach einer Äußerung von Bundeskanzler Helmut Kohl „besteht für jeden Politiker die selbstverständliche Verpflichtung, alles in seiner Kraft Stehende zu tun, um die erschreckend hohe Zahl von Schwangerschaftsabbrüchen soweit wie möglich zu senken“. Er machte diese Aussage in einem Gespräch mit dem Pressedienst der Evangelischen Allianz. Kohl vermied es aber dabei, wie auch sonst, eine Gesetzesänderung in Aussicht zu stellen; diesbezüglich seien, so der Kanzler, der Politik enge Grenzen gesetzt. Wohl aber müßten die bestehenden gesetzlichen Grundlagen besser angewandt werden. Im übrigen aber meinte der Kanzler feststellen zu können, die Sensibilität für die Unverfügbarkeit des menschlichen Lebens sei wieder im Wachsen, während die Idee der Selbstverwirklichung, soweit sie vor dem werdenden Leben rangiere und mit dieser in Einkunft stehe wieder an Boden verliere.

Fast zur gleichen Zeit, in der – Anfang Dezember – das Landeskomitee der Katholiken in Bayern sich mit einem Aufruf an die bayerische Staatsregierung wandte, in der Bevölkerung Verständnis für die Probleme der Asylbewerber zu wecken und in Zusammenarbeit mit den Kirchen geistige und materielle Hilfen dafür bereitzustellen, kritisierte CSU-Generalsekretär Gerold Tandler heftig den Widerstand aus den Kirchen gegen eine vor allem von der CSU betriebene Änderung des Grundrechts auf Asyl. Wenn die Kirchen, so Tandler, nicht die Notwendigkeit, das Grundgesetz zu ändern, sähen, hätten sie den Bezug zur Wirklichkeit verloren. Es sei eine Pervertierung christlicher Verhaltensweisen, Flüchtlinge unter falschen Hoffnungen der Gefahr auszusetzen, daß sie zu Hause alles aufgeben, um dann unter Umständen von der Bundesrepublik ins Nichts zurückgeschickt zu werden.

In Anwesenheit von Bundesjugendministerin Rita Süßmuth und Vertretern aller im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien ist in der Nähe des ehemaligen Konzentrationslagers Auschwitz am 7. Dezember, dem 16. Jahrestag des Abschlusses des deutsch-polnischen Vertrags von 1970, eine internationale Jugendbegegnungsstätte eingeweiht worden. Errichtet wurde das Gebäude in fünfjähriger Bauzeit von der bundesdeutschen Aktion Sühnezeichen und der polnischen Kriegsveteranenorganisation „Verband der Kämpfer für Freiheit und Demokratie“. Der inzwischen fertiggestellte erste Bauabschnitt der Begegnungsstätte kostete 4,2 Millionen DM, die durch private Spenden und öffentliche Zuschüsse aufgebracht wurden. Eigentümerin des Zentrums ist die Stadt Oswiecim (Auschwitz). Im Namen der Überlebenden von

Auschwitz wandte sich der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde von Berlin, Heinz Galinski, dagegen, die hier geschehenen Verbrechen „in die Akte des Vergessens“ zu legen. Der stellvertretende polnische Parlamentspräsident, Mieczyslaw Rakowski, sprach der Aktion Sühnezeichen die Anerkennung und Hochachtung des polnischen Volkes aus und würdigte den Anteil der evangelischen Kirche am Zustandekommen des deutsch-polnischen Vertrages.

Die katholische Bischofskonferenz von England und Wales veröffentlichte eine Stellungnahme zur Immunschwächekrankheit Aids. Sie drückt darin ihr „tiefes Mitgefühl“ mit den Betroffenen aus. Aids könne zwar „ohne moralische Schuld“ übertragen werden. Das einzige wirksame Mittel gegen die Krankheit bestehe aber in einer „grundlegenden Änderung des moralischen und sozialen Verhaltens“. Der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Kardinal Basil Hume, bedauerte bei einer Pressekonzferenz, daß der Staat bei der Bekämpfung von Aids empfängnisverhütende Mittel empfehle. Nach kirchlicher Auffassung sei der „sexuelle Ausdruck der Liebe“ der Ehe vorbehalten. Die katholischen Bischöfe würden fortfahren, „in dieser Hinsicht das Ideal zu verteidigen“. Aids war auch eines der Hauptthemen der Beratungen der Bischofskonferenz bei ihrer Vollversammlung im November.

Nachfolger des im Juli verstorbenen Patriarchen Justin als Oberhaupt der Rumänisch-Orthodoxen Kirche wurde Erzbischof Teoctist von Iasi. Der 71jährige Teoctist war seit 1977 Erzbischof von Iasi und Metropolit der Moldau. Zuvor war er unter anderem als Mitarbeiter von Patriarch Justin und als Dekan des Theologischen Instituts in Bukarest tätig. Er ist Mitglied des Konsultivkomitees der „Konferenz europäischer Kirchen“ und nahm an Vorkonferenzen für das geplante Panorthodoxe Konzil teil. Mit 17 Millionen Mitgliedern ist die Rumänische Kirche nach der Russischen die zweitgrößte Kirche in der Orthodoxie.

Die am 4. November neugewählten 535 Abgeordneten des US-Kongresses gehören mehr als zwanzig verschiedenen Glaubensrichtungen an. 141 Kongreßmitglieder sind katholisch, 74 sind Methodisten. 60 Abgeordnete des Kongresses gehören der Episkopalkirche an, und 57 sind Presbyterianer; im Verhältnis zu ihrem Anteil an der Bevölkerung sind diese beiden Kirchen unter den Abgeordneten deutlich überrepräsentiert. Baptisten sind 54 Abgeordnete, Lutheraner 23. Zum Judentum bekennen sich 37 Abgeordnete des neuen Kongresses.

Die Schaffung von „kleinen kirchlichen Gemeinschaften“ als Antwort auf die Missionsbemühungen fundamentalistischer Gruppen sieht der erste Entwurf eines Nationalen Pastoralplans für die Seelsorge an den Hispanics in den USA vor. Der Plan wurde den US-Bischöfen auf ihrer Vollversammlung im November vorgelegt. Beschlossen werden soll er auf der nächsten Vollversammlung. Es heißt darin, daß die große Mehrheit der Hispanics sich von der katholischen Kirche auf Distanz gehalten und marginalisiert fühle. Die Evangelisierung in dieser Personengruppe erschöpfe sich auf die Sonntagsmesse und die Vorbereitung auf die Sakramente. Der Zusammenhang von Glaube und Gerechtigkeit für eine Veränderung der Gesellschaft fehle oftmals. Kleine kirchliche Gemeinschaften sollen in dieser Situation den Sinn dafür schärfen, daß man „dazugehört“, sie sollen das Gebet fördern und dazu beitragen, daß man sich einsetzt für Fragen der Gerechtigkeit.

Aus Anlaß eines von der Bischofskonferenz von Haiti Anfang Dezember veranstalteten Symposiums über den Übergang zur Demokratie in Haiti hat Johannes Paul II. eine Botschaft an die Bischöfe des Landes gerichtet. Darin unterstützt er das Anliegen der haitianischen Bischöfe, durch Aufrufe zur Versöhnung und Vergebung dem haitianischen Volk nach dem Sturz von Diktator Duvalier neue Trauer und neues Blutvergießen zu ersparen. Der Papst stellt fest, die gerechten Forderungen des Volkes, das lange Zeit in Bedingungen der Erniedrigung und Bedürftigkeit gelebt habe, seien noch längst nicht erfüllt. Er wünsche, daß man wirksam auf die legitimen Forderungen des Volkes eingehen solle, besonders in bezug auf die dringendsten sozialen Reformen. Die Kirche wolle ihren Beitrag beim sozialen Fortschritt leisten, der nicht nur die materiellen, sondern auch die geistigen Bedürfnisse der Menschen respektiere.

Nach einer Aussage des Sekretärs der Indonesischen Bischofskonferenz, Bischof Pascalis Soedita Hardjasoemarta von Purwokerto, habe der Papst in Aussicht gestellt, die Zulassung von verheirateten Männern zur Priesterweihe von Fall zu Fall in Betracht zu ziehen. In Betracht kämen, so Bischof Hardjasoemarta, besonders weit abgelegene Gebiete, wo es kaum möglich sei, Priester einzusetzen, und wo von den Stammsitten her der zölibatäre Priester weitgehend auf Unverständnis stoße. In manchen dieser Gegenden fungierten bereits Laien als Gemeindeleiter mit entsprechender, wenn auch theologisch geringerer Ausbildung als die Priester. In den Augen der Bevölkerung werden diese bereits für eine Art Ersatzpriester gehalten.